Bezugspreis: Halbmonatlich 17 Neuenbürg 80 Goldpfennige. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländ. Verkehr 50 Goldpfennig m. Postbestellgebühr. Preise freibleibend, Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfennige. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfennig mit Inf.-Steuer. Kollekt.-anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 2 Mk. Reklame-Zeile 50 Goldpfennig.

Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der in Fälle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft.

Fernsprecher Nr. 4.

Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 59. | Neuenbürg, Montag, den 10. März 1924. | 82. Jahrgang

Deutschland.

Stuttgart, 8. März. Die Abg. Kübler und Eisele (DDP.) haben folgende Kleine Anfrage an die Staatsregierung gerichtet: der Personalabbau wird bei den Reichsverkehrsbeamten in einer Weise durchgeführt, daß zum Teil Beamte mit 6 und 7 Kindern und mit 20—25 Dienstjahren abgebaut wurden. Die Dienstzeit wurde selbst in den anstrengendsten Dienstposten auf mindestens 54 Wochenstunden festgesetzt, während man, was anzuerkennen ist, im württembergischen Staats- und Gemeindedienst dieses Schema nicht angewendet hat. Die Einschränkungen im Verkehrswesen (Aufhebung von Stationen, Haltestellen, Postagenturen, Einschränkung der Annahmezeiten, Bestellgänge usw.) sind so weitgehend, daß im Vergleich mit anderen deutschen Ländern Württemberg schlecht abschneidet. — Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um die ehemals württ. Verkehrsbeamten in ihren Rechten zu schützen und die Verkehrseinrichtungen des Landes vor weiteren Verschlechterungen zu bewahren?

Ludwigshafen, 8. März. In dem Arbeiterkonflikt bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik sind Bemühungen im Gange, die drohende Gefahr zu vermindern. So haben sich die Bürgermeisterämter in Ludwigshafen und Frankenthal an die zuständigen Regierungsstellen in Speyer, München und Berlin mit der Bitte um Vermittlung gewandt. Auch die Gewerkschaften, vor allem der Fabrik- und Metallarbeiterverband, sind in Beratungen wegen Unterstützung ihrer Mitglieder, die sich großenteils nur gezwungen durch den „Industrieverband der Chemie" an der Bewegung beteiligt hätten, eingetreten.

Speyer, 8. März. Die Tätigkeit des päpstlichen Gesandten in der Pfalz beginnt Früchte zu tragen. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, ist es seinem Eintreten zu verdanken, daß eine Reihe von Eisenbahnbeamten, ein Polizeibeamter, ein Kommerzienrat und mehrere andere Persönlichkeiten, die während des passiven Widerstandes ausgewiesen waren, zurückkehren konnten. Auch mehrere Entlassungen von Gefangenen aus den Gefängnissen Landau, Speyer und Zweibrücken sind auf die Verwendung des päpstlichen Delegierten zurückzuführen. Dieser setzt seine Arbeiten für die Pfalz von Essen aus, seinem derzeitigen Wohnsitze, fort.

Essen, 8. März. Das französische Kriegsgericht verurteilte den Verleger der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", Dr. Reismann-Grone zu einem Monat Gefängnis und einer Geldstrafe von 1000 Goldmark. In der „Rhein.-Westf. Ztg." war ein Artikel erschienen, in dem auseinandergesetzt wurde, daß der zwischen der Phönixgruppe und der Ricum abgeschlossene Vertrag von der Industrie nicht erfüllt werden könnte.

Merseburg, 8. März. Vor einigen Tagen wurde der Stahlhelm- und Werwolfführer Preuß in Dobergast ermordet. Wie jetzt bekannt wird, haben auch andere Führer der vaterländischen Bewegung seit Wochen Drohbriefe erhalten und werden von linksradikalen Elementen verfolgt.

Der Hitler-Prozeß.

München, 7. März. Der Nachmittag bringt die weitere Vernehmung der Tatzeugen, so zunächst des früheren Leiters der Einwohnerwehr und Vorstandsmitglieds der vaterländischen Verbände, des Fabrikbesitzers Max Kühner, der der Ansicht ist, daß eine Auseinandersetzung zwischen Berlin und Bayern unbedingt hätte kommen müssen. Der Kriminaloberkommissar Hermann kann wesentlich neues nicht mitteilen, da er ja in der Hauptsache für die Ruhe und Ordnung außerhalb des Saales zu sorgen hatte. Die Vernehmung des Generalmajors Hans Ritter von Hemmer läßt einen Einblick tun, daß in gewissen Kreisen der Offiziere der alten Armee die Ausrufung der neuen nationalen Regierung mit Befriedigung aufgenommen worden ist. Verschiedene Fragen der Verteidiger werden vom Vorsitzenden nicht zugelassen. Man hat überhaupt am heutigen 5. Verhandlungstag nach dem Zwischenfall vom Donnerstag das Gefühl, als ob der Vorsitzende nunmehr viel straffer die Zügel der Verhandlungsführung in der Hand hält und dies auch den Verteidigern klar zu erkennen gibt. Infolgedessen darf man hoffen, daß jetzt auch die ganze Prozeßverhandlung schnell und flüssig vor sich geht. Die Vernehmung der Zeugen Hauptmann Ebel, Oberleutnant Hohenleitner, des Ministerialdirektors Dr. Gustav Müller bringt neue Gesichtspunkte nicht, ebensowenig Generalleutnant von Kleinhenz. Mit großer Spannung wurde das Eintreten des neuen Chefs der bayerischen Reichswehr, des Generalmajors Freiherr von Kreß, erwartet. Kreß hatte sich selbst als Zeuge gemeldet, und zwar deshalb, um endlich, nachdem fast volle vierzehn Tage vergangen sind, und immer und immer wieder im Gerichtssaal schwere Angriffe gegen die Reichswehr und einzelne Offiziere gerichtet worden sind, nunmehr mit seiner ganzen Persönlichkeit sich vor die Reichswehr zu stellen. Er machte den denkbar besten Eindruck, so daß sogar auch ein Verteidiger ausdrücklich seine Freude darüber nicht verbergen konnte, daß hier ein charakterfester Mann sich schützend vor die Reichswehr gestellt habe. Freiherr von Kreß bot für alle die gegen die Reichswehr erhobenen Beschuldigungen und Angriffe Zeugen an, die unter Eid aussagen werden, daß die Reichswehr unangetastet dastehe.

Nach kurzen Feststellungen der Verteidiger zu den Ausführungen von Kreß trat der Gerichtshof in die Vernehmung des Oberleutnants und Chefs der zweiten Kompagnie des Infanterieregiments 19, Braun, ein. Der Zeuge Braun geht eingehend auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe ein und erklärt unter Eid, daß all das, was gegen ihn von Hauptmann Röhm vorgebracht sei, bis auf das letzte Wort erlogen ist. Er betont immer und immer wieder, keinen Schuß aus seinem Karabiner getan, Caselle überhaupt nicht gekannt zu haben. Auch die übrigen ihm in den Mund gelegten unschönen Aeußerungen will Oberleutnant Braun nicht getan haben. Obwohl der Vorsitzende und auch die Verteidiger wiederholt in Braun eindringen, doch, wenn er sich einer Sache nicht ganz sicher sei, dies ruhig zuzugeben, bleibt Braun bei seinen unter Eid abgegebenen Erklärungen. Hier versuchten wiederholt Verteidiger Zwischenfragen, die aber, soweit sie nicht zur Sache gehörten, vom Vorsitzenden nicht zugelassen wurden. Es folgte Oberst Egel, Kommandeur der Reichswehr in Regensburg, der bekundet, daß er in der Nacht vom 8. und 9. November den Führer der Regensburger Nationalsozialisten verhaftet und seine Mannschaft entwaffnet habe. Bei der Vernehmung des Oberleutnants Roßmann hörte man, daß Lossow in der Nacht gegen 3 Uhr den Befehl an die Wachen gegeben hatte, falls Ludendorff kommen würde, ihn zu verhaften. Zeuge Major a. D. Siry schildert seine dreimaligen Bemühungen in der Nacht zum 9. November, ein Zusammengehen zwischen Kampfbund und Reichswehr herbeizuführen. Kahr habe ihm gesagt, es waren erpreßte Zusicherungen, sie sind null und nichtig. Lossow habe gesagt: Mit Rebellen wird nicht verhandelt. Oberleutnant Braun habe gesagt: Ich werde diese Hunde zusammenschießen mit lächelndem Gesicht (Bewegung). Nach einem Zwischenfall bei dem Oberleutnant Braun erklärt, sich an diese Aeußerung nicht mehr zu erinnern, wird in später Stunde die Sitzung auf Samstag vormittag vertagt.

Aus der Pfalz.

Speyer, 8. März. Die Separatistenführer Schmidt-Eppers und Kuntz haben in der Hartmannstraße ein Büro der rheinischen Arbeiterpartei eingerichtet. — Dem Vorsitzenden des Bezirksamts Neustadt, Oberverwaltungsrat Schneider, ist von General de Metz die Aufnahme seiner Amtstätigkeit verweigert worden. — Vor dem Kriegsgericht Landau hatten sich der Student Karl Pitz wegen eines Vergehens gegen die Ordonnanz 111 Artikel 1 zu verantworten. Nach Einrücken der Separatisten in Kaiserslautern haben separatistische Polizisten eine Haussuchung bei ihm vorgenommen und eine Pistole mit Munition vorgefunden. Das Urteil lautet auf 1000 Goldmark. — Der stellvertretende Bürgermeister von Pirmasens, Bernschneider, wurde gestern von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet, so daß jetzt die Stadt wieder jeglicher Oberleitung beraubt ist. Bürgermeister Schwelgle, der seinerzeit von den Separatisten ausgewiesen worden war, ist hier wieder eingetroffen. Auch am Donnerstag erfolgte ein Abtransport hiesiger Bürger, wahrscheinlich in das Mainzer Gefängnis. Es handelt sich bei diesem letzten Transport um insgesamt fünf Personen.

Die Organisation der neuen Golddiskontbank.

Berlin, 8. März. In seinem heutigen Vortrag über die Frage der Goldkreditbank im Haushaltsausschuß des Reichstags führte Reichsbankpräsident Dr. Schacht u. a. aus, die Wiederherstellung einer möglichen Goldwährung in Deutschland sei selbstverständlich nicht möglich, solange nicht der ganze große Fragenkomplex der Reparationen gelöst sei. Dagegen scheine es ihm durchaus möglich in der Form einer Bank, deren Goldkapital sicher im Ausland angelegt werden könnte, dieses Kapital leicht heranzuziehen sei, um es in der deutschen Wirtschaft arbeiten zu lassen. In die Zeit seiner privaten Londoner Besprechungen, die ihm den Eindruck gegeben hätten, daß man auf dem Londoner Markt wohl bereit sein würde, Deutschland bei den entsprechenden Plänen zu unterstützen, sei nun der Zusammentritt des Sachverständigenkomitees gefallen, das von der Reparationskommission auch ausdrücklich die Aufgabe erhalten hätte, die Stabilisierung der deutschen Währung zu studieren und Vorschläge für diese zu machen. Die anschließenden Verhandlungen mit den Experten, deren Pläne dahingehen, nicht nur eine definitive Goldwährung in Deutschland herzustellen, sondern auch für Reparationszwecke in der Organisation, die diese Goldwährung in die Hände nehmen würde, an die Entente überzuführende Summen anzusammeln hätte, zu einer Reihe von Stipulierungen geführt, deren Hauptinhalt sei, daß das Kapital der neuen Bank auf 200 Millionen Goldmark, das Recht der Notenausgabe auf 100 Millionen begrenzt werde. Die Reichsbank werde von dem Kapital 100 Millionen selbst übernehmen und damit (sie werde von den übrigen 100 Millionen noch eine Aktie dazu erwerben) die Majorität des Kapitals dauernd behalten, solange diese Bank bestehe. Jeder politische Einfluß von dieser Bank und die Beleihung und Erwerbung von Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen usw. sei vollständig ausgeschlossen. Der Sitz der Bank werde in Berlin sein, ihre Leitung in den Händen der Reichsbank liegen. Im Aufsichsrat, überhaupt in der ganzen Verwaltung der Bank werden lediglich Deutsche sitzen. Es handle sich also um ein rein deutsches Institut, das unter völliger Leitung der Reichsbank stehe und lediglich nach den Gesichtspunkten arbeite, nach denen sie bisher gearbeitet habe. Ein internationales Privatkonsortium habe sich schon bereit erklärt, einen Kredit von fünf Millionen Pfund Sterling der Reichsbank zu geben, die dieses Geld zur Zeichnung der Hälfte des Aktienkapitals der neuen Bank verwenden werde. Ferner liegen Zusicherungen vor, die einen Rediskontkredit für die von der Golddiskontbank anzukaufenden Valuten im Ausland vorsehen, der zunächst beziffert sei auf 200 Millionen Goldmark. Ferner hätten Verhandlungen mit einem deutschen Bankkonsortium zu grundsätzlicher Einstimmigkeit geführt, daß weitere fünf Millionen Pfund Sterling von einem solchen Konsortium übernommen bzw. fest garantiert werden. Wenn die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen für das Zustandekommen der Golddiskontbank vorliegen, dürfe man also mit der Errichtung in wenigen Tagen rechnen. — Dr. Schacht sagte ferner, er rechne darauf, daß die Noten, die diese Golddiskontbank ausgeben werde, vor allem dazu Verwendung finden werden, um die im Inland umlaufenden ausländischen Noten gegen die deutschen Noten hinzunehmen, auf welche Weise das der Bank zur Verfügung stehende Gesamtkapital auf 500 Millionen Goldmark kommen würde. Was die Frage anlange, auf Grund welcher Währung die Golddiskontbank errichtet werden sollte, so habe sich die Reichsbankdirektion auf den Standpunkt gestellt, daß es für die deutsche Wirtschaft, die im wesentlichen in ihrem Geschäft vom Londoner Finanzmarkt abhängig sei, richtig sei, die Pfundwährung zu nehmen. Es sei infolgedessen vorgesehen, daß das ganze Kapital in Pfund eingezahlt werde. Die übrigen Valuten werden auf Pfund konvertiert und die Noten auf Pfund Sterling lauten. Die Abstellung auf Pfund sei im übrigen eine wesentliche Voraussetzung dafür gewesen, daß Deutschland ein gewisses Entgegenkommen am Londoner Markt gefunden habe. Wenn er (Schacht) von Pfundwährung für die Aktien und Noten der Golddiskontbank spreche, so bedeute das nicht, daß es sich um eine in Deutschland neu einzuführende Währung handle; die Abstellung wolle vielmehr zeigen, daß es sich um eine Kreditbank handle, die mit der deutschen Währung an sich nichts zu tun habe.

Eine Rede Stresemanns in Braunschweig.

Braunschweig, 8. März. Auf dem Landesparteitag der Deutschen Volkspartei sprach Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die politische Lage. Dr. Stresemann befaßte sich im Einzelnen mit der Politik seiner Regierung, um sich gegen die vielen Angriffe seit Bestehen seiner Kanzlerschaft zu verteidigen. Er gab im Einzelnen ein Bild von den Leistungen seiner Regierung seit dem Sturz Cunos und sagte: Alle unsere Maßnahmen standen unter dem Gesichtspunkt, den Staat zu erhalten. Die Tatsache des verlorenen Krieges haben wir anzuerkennen. Die Frage sei, was kann geschehen, um den ungeheuren Druck von Außen zu mindern. Wir dürfen uns nicht in Illusionen ergehen angesichts der Tatsache, daß wir wehr- und waffenlos sind. Wir können uns nicht auf Machtmittel stützen, die uns de facto nicht zur Verfügung stehen. Dr. Helfferich hat gewiß Recht, wenn er sagt, wir stehen vor einem neuen Versailles. Alles, was in der Pfalz, an Rhein und Ruhr geschieht und geschehen ist, geht über den Versailler Vertrag hinaus. Ich muß auf dem Standpunkt beharren, den Vertrag zu erfüllen, soweit Deutschland die Vorschriften erfüllen kann. Aber ich lehne es ab, das anzuerkennen, was über den Vertrag hinausgeht. Große Worte helfen uns herzlich wenig über die Schwäche unserer Position hinaus. Wir haben jetzt nur eine Aufgabe: nämlich prunklos und nüchtern uns wieder emporzuarbeiten aus der bittersten Not. Ich weiß sehr wohl, daß eine Verständigung mit unseren Bedrückern sehr schwierig ist, aber ich weiß auch, daß wir untergehen, wenn wir zu keiner Verständigung kommen. Jeder, der einst an meiner Stelle steht, wird den Weg der Verständigung suchen müssen und jeden Silberstreifen am politischen Horizont zu begrüßen haben. Wir können auf keinen Fall das tun, was man vielfach als äußerste Konsequenz zu bezeichnen pflegt. Auch wenn es gelingen sollte, werden wir dennoch schwere Lasten zu tragen haben. Wir werden uns vor allem auf eine Geschäftskontrolle einstellen müssen. Unerträglich wäre allerdings eine politische Kontrolle. Die Lösung der Reparationsfrage muß zur Voraussetzung haben ein ungeteiltes Deutschland. Dr. Stresemann kam dann auf die Kriegsschuldlüge zu sprechen und betonte noch einmal: Ich werde niemals meinen Namen unter einen Vertrag setzen, der von einer Kriegsschuld Deutschlands spricht. Unser Ideal ist die nationale Volksgemeinschaft. Dr. Stresemann verwahrte sich dann gegen den Vorwurf eines marxistischen Kabinetts. Er nimmt Stellung zu den Angriffen Ludendorffs auf den Vatikan, um zu betonen, daß der Vatikan unendlich viel Gutes und Großes zum Heile Deutschlands getan habe. Der Außenminister kennzeichnet die Novembervorgänge in München als antinational und brandmarkt das Verhalten Lossows. Dann wendet sich der Minister den großen Problemen der Wirtschaft und Währung zu und meint: Die Rentenmark ist von denen geschaffen worden, die dafür gesorgt haben, daß unser Staatskonto nicht mehr Ausgaben aufweist, als Einnahmen vorhanden sind. Wir sind gewiß brutal vorgegangen, wenn wir an den Beamtenabbau und viele andere Maßnahmen denken, die sehr einschneidender Natur waren. Aber es half nichts anderes und ich bin der Meinung, daß wir von diesem Standpunkt nicht abgehen können, um zu einer vollständigen Gesundung zu gelangen. Natürlich sein heißt Opfer zu bringen! Wir müssen ein einiges Volk werden, ein Volk, das zu einem Gedanken kommt, nämlich zu dem der großen Volksgemeinschaft.

Ausland.

Paris, 8. März. Der französische Botschafter wird beauftragt, das englische Kabinett auf die deutschen Selbstschutzorganisationen aufmerksam zu machen, auf die deutsche Polizei und auf die Rüstungen im Osten. Deutschland werde im Osten den Krieg beginnen, weshalb England sich auch vorbereiten müßte, bei einem Ostangriff Deutschlands einzugreifen.

Wo sind die geraubten Gelder hingekommen?

Im englischen Unterhaus hat der Schatzkanzler Snowden, wie berichtet, Auskunft gegeben über die deutschen Entschädigungsleistungen im Jahre 1923. Ein wichtiger Teil dieser Auskunft ist noch nachzutragen: „Keinerlei Summen sind an den Wiederherstellungsausschuß geleistet oder der britischen Regierung durch die französische und belgische Regierung mitgeteilt worden mit Bezug auf den Wert der eingezogenen und beschlagnahmten Gelder, die im Rheinland und Ruhrgebiet eingetrieben wurden, und keinerlei Summe ist vom Wiederherstellungsausschuß mit Bezug auf derartige Einziehungen in Rechnung gestellt worden." Mit anderen Worten: Franzosen und Belgier haben den Raub vollständig in die eigenen Taschen gesteckt.

Die Vermehrung der englischen Luftflotte.

London, 8. März. Das Budget für die Luftschiffahrt beläuft sich auf 14½ Millionen Pfund Sterling, was eine Vermehrung von 2½ Millionen Pfund Sterling gegen das Vorjahr bedeutet. Es sollen acht neue Verteidigungsgeschwader aufgestellt werden, wodurch die gesamte Zahl von Geschwadern auf 18 erhöht werden würde. Für weitere sechs Geschwader, die in den Jahren 1925—1926 aufgestellt werden sollen, wird das

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Material angeschafft werden. Das Personal wird von 2000 auf 3000 Mann erhöht werden. Das Organ der Arbeiterpartei, der „Daily Herald", gibt angesichts der soeben veröffentlichten Voranschläge für den englischen Heereshaushalt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Arbeiterregierung gezwungen sei, die Auslagen für die Rüstungen der Luftflotte zu erhöhen. Die Regierung habe aber unter den gegebenen Umständen schlechterdings nicht anders handeln können, denn die Minister seien gezwungen, das zu tun, was die Masse der Nation wünsche. Die Regierung müsse daher erhöhten Eifer in der Erziehung der Nation zu der Erkenntnis entwickeln, daß die Rüstungen zwecklos seien.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 10. März. Die gestrige stark besuchte Generalversammlung der Freiwill. Feuerwehr im „Bären" wurde von Kommandant Ferenbach mit einer kurzen Ansprache eröffnet und dabei dem Wunsche Ausdruck verliehen, daß die Beratungen zu Nutz und Frommen der guten Sache dienen mögen. Nach Verlesen des Protokolls der letzten Generalversammlung durch Schriftführer Hartmann, wogegen sich keine Einwendung erhob, erstattete der Kommandant den Jahresbericht für 1923. Wie so vielen Vereinen erging es auch der Feuerwehr. Die fortschreitende Geldentwertung setzte der Kasse derart zu, daß ihr Bestand auf ein Nichts zusammenschmolz, so daß man genötigt ist, wieder von vorne zu beginnen. Der Stand des Korps mit 168 Mann blieb jenem von 1922 gleich. Anfangs des Jahres betrug er 168 Mann, davon schieden durch Tod, Wegzug und freiwilligen Austritt 10 Mann aus, so daß die Korpsstärke Ende 1923 noch 168 Mann betrug. Uebungen fanden 7 statt. Die durchschnittliche Beteiligung zeigte eine kleine Besserung insofern der Prozentsatz der Fehlenden von 34 auf 29 Prozent zurückging. Die dienstlichen Angelegenheiten wurden in 5 Verwaltungsratssitzungen erledigt. Der Ausflug ins Holzdachtal am Himmelfahrtstag hatte unter der Ungunst der Witterung zu leiden, trotzdem war die Beteiligung eine rege und die Stimmung eine gehobene. Die Strafgelder wurden der Geldentwertung angepaßt, doch waren sie gerade aus diesem Grunde für die Kasse belanglos, so daß man genötigt war, an die Stadtgemeinde um Bewilligung eines Vorschusses heranzutreten, welchem entsprochen wurde. Das Andenken der vier mit Tod abgegangenen Mitglieder: Albert Heinzelmann, Julius Klauser, Georg Kienzle und Friedrich Wolfinger wurde in üblicher Weise geehrt. Kassier Hartmann stellte zum Punkt Kassenbericht fest, daß der Kassenbestand infolge der Geldentwertung gleich Null ist, auch das kleine Sparguthaben fiel der Geldentwertung zum Opfer. Man müsse wieder von vorne beginnen. Kassier und Schriftführer Hartmann wurde darauf unter Dank für seine Mühewaltung für entlastet erklärt. Zum Punkt Neuwahlen erklärt Kommandant Ferenbach, daß dieselben triftigen Gründe, welche ihn vor 5 Jahren leiteten, zurückzutreten, heuer dieselben wären, nur komme noch dazu, daß er 5 Jahre älter sei und inzwischen das feuerwehrpflichtige Alter überschritten habe. Von einer Wiederwahl könne gar keine Rede mehr sein, er bat die Versammlung, sich auf eine andere Persönlichkeit zu einigen und ersuchte um Vorschläge, wobei er hinzufügte, in der Auswahl eines Nachfolgers vorsichtig zu sein, weil die Kameraden gleichzeitig die Verpflichtung eingehen, den neuen Kommandanten tatkräftig zu unterstützen. Zugführer Bosch fragte an, ob nicht der vorliegende Antrag, das Dienstalter von 50 auf 45 Jahre herunter zu setzen, vorher beraten werden solle. Der Kommandant erwiderte, der Antrag liege vor, doch empfehle es sich nicht, die Tagesordnung umzustoßen, auch müsse der Antrag, falls er angenommen würde, seitens der zuständigen Behörden genehmigt werden. Kamerad Gauß gab seinem Bedauern Ausdruck, über den Rücktritt des Kommandanten und bat ihn, sich dem Korps nochmals zur Verfügung zu stellen, da tatsächlich eine ihm ebenbürtige Kraft nicht vorhanden sei und er außerdem das volle Vertrauen genieße; auch bezüglich der Unterführer äußerte er dieselben Wünsche. Der Kommandant dankte für das einmütige Vertrauen, dennoch sei es ihm unmöglich, sich nochmals zur Verfügung zu stellen. Er fügte hinzu, daß nicht zuletzt geschäftliche Rücksichtnahme ihn zum Rücktritt zwängen, auch Aeußerungen in der Oeffentlichkeit, als ob beim Dienst zu sehr militärischen Uebungen gehuldigt würde, obwohl dies nur in dem Umfange der Fall sei, als es Zucht und Ordnung und der Dienst erfordern, seien mit ein Grund des Rücktritts. Wie könne das Korps aber von ihm erwarten, über das dienstpflichtige Alter hinaus sich zur Verfügung zu stellen, nachdem ein Antrag vorliege, das dienstpflichtige Alter von 50 auf 45 Jahre herunterzusetzen, er bitte deshalb um Vorschläge. Es wurden vorgeschlagen Rudolf Kainer, Adjutant Ruff, von welchen der erstere entschieden ablehnte, während letzterer betonte, daß auch er von seinem Posten zurückzutreten beabsichtige. Weitere Vorschläge lauteten auf Franz Kainer, Wilh. Schönthaler, Fritz Gauß, Rudolf Müller, Emil Haist, Gottl. Binder, Eugen Finkbeiner, die aber zum Teil ablehnten, teilweise waren sie nicht in der Versammlung anwesend. Der Kommandant bemerkte, daß sich namentlich Rudolf Kainer trefflich eigne, weil er eine gewisse Schulung durchgemacht habe und es immer so gewesen sei, daß man stufenweise vorrückte. Auch Schriftführer Hartmann pflichtete ihm in dieser Hinsicht bei. Kainer lehnte jedoch entschieden ab. Nach längerer erfolgloser Aussprache wurde auf Eingreifen von anderer Seite darauf hingewiesen, daß es unlogisch sei, vom Kommandanten zu verlangen, sich über das dienstpflichtige Alter hinaus zur Verfügung zu stellen, andererseits aber zu beantragen, das dienstpflichtige Alter auf 45 Jahre herabzusetzen. Man möge diesen Antrag zurückziehen, dann werde der Kommandant eher mit sich reden lassen. Der Antrag auf Herabsetzung des dienstpflichtigen Alters auf 45 Jahre wurde hierauf zurückgezogen, worauf der Kommandant erklärte, daß er unter solchen Umständen vielleicht mit sich reden lasse, doch müsse er die Bedingung stellen, daß der gesamte Stab und die Unterführer sich bereit erklären, ihren Dienst ebenfalls weiterhin zu versehen, wogegen nur vereinzelt Einwendungen der in Frage Kommenden laut wurden. In geheimer Wahl wurde von 78 abgegebenen Stimmen Kommandant Ferenbach mit 60 Stimmen wiedergewählt, 11 Stimmen fielen auf Rudolf Müller, die übrigen zersplitterten. Stadtschultheiß Knodel, der seit Jahren sein Interesse an der Wehr durch regelmäßiges Erscheinen bei der Generalversammlung bekundete, fragte den Neugewählten, ob er die Wahl annehme, was dieser bejahte und hinzufügte, daß er zur Bedingung mache, daß ihm seine treuen und bewährten Unterführer beigegeben werden und er die allseitige Unterstützung der Mitglieder an den Uebungen erhalte. Glatt verliefen nunmehr die weiteren Wahlen des Stellvertreters und Adjutanten Ruff mit 74 Stimmen, des Schriftführers und Kassiers Hartmann mit 73 Stimmen, des Magazinverwalters Haist mit 76 Stimmen. Die Wahlen der Zugführer fanden innerhalb der Züge statt und hatten folgendes Ergebnis: 1. Zug: Zugführer Albert Bosch, Stellvertreter Rudolf Kainer, Vertrauensmann Ernst Gorgus, 2. Zug: Zugführer Gottl. Binder, Stellvertreter Georg Schaude, Vertrauensmann Karl Jörger, 3. Zug: Zugführer Robert Girrbach, Stellvertreter Ernst Bösinger, Vertrauensmann Karl Schlegel, 4. Zug: Zugführer Christian Maier, Stellvertreter Albert Vester, Vertrauensmann Konrad Krauß. Die in geheimer Abstimmung Gewählten nahmen ihr Amt an. Von der Feuerwehrmusik lag ein Antrag auf Gehaltsregelung vor. Gleichzeitig hatte sich der Verwaltungsrat mit der Gehaltsregelung des Magazinverwalters und des Feuerwehrdieners zu befassen. Seinem Vorschlag, bei allen die Friedenssätze zu bewilligen, wurde von der Versammlung stattgegeben. Die Betreffenden waren damit einverstanden. Beim Ausflug soll die Musik eine besondere Vergütung erhalten. Ein solcher soll wieder am Himmelfahrtsfest stattfinden über Waldrennach mit Rast in Salmbach, Rückkehr über Engelsbrand, und zwar als Halbtagesausflug. Einen ergreifenden Akt bildete die vom Kommandanten vorgenommene Ehrung des Seniors der Feuerwehr, Christian Seeger, für 40jährige, treue Dienstleistung in der Feuerwehr, unter Ueberreichung eines unter Glas und Rahmen gebrachten künstlerisch ausgeführten Diploms und gleichzeitiger Ernennung zum Ehrenmitglied. Der Kommandant würdigte hierbei die außerordentlichen Verdienste Seegers in trefflichen Worten und schloß daran den Wunsch, daß es ihm noch lange vergönnt sein möge, in voller körperlicher und geistiger Frische die Geschicke der Wehr zu verfolgen. Ein Tusch der Musik, stürmischer Beifall der Versammlung und allseitige Beglückwünschung des Gefeierten zeigten, daß das Korps sich vollständig mit dem Kommandanten eins fühlte. Als Vertreter der Stadt brachte Stadtschultheiß Knodel im Auftrag des Gemeinderats die Glückwünsche dem Wackeren dar, indem er dessen Verdienste um die Allgemeinheit hervorhob und ihm eine wertbeständige Anerkennung für sein vorbildliches Wirken überreichte. Tief gerührt dankte der so Geehrte für die ihm zuteil gewordene Anerkennung und erging sich in Ausführungen, die sich auf den Dienst während dieser 40 Jahre bezogen. Immerdar habe er sich von dem Wahlspruch leiten lassen: „Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr". Die jüngeren Kameraden forderte er auf, stets treu zur Feuerwehrsache zu stehen und Zucht, Ordnung und Disziplin zu bewahren. Unter Verschiedenes kam noch zur Sprache der unzulängliche Zustand wegen Unterbringung des Hydrantenwagens auf der Wilhelmshöhe. Der Kommandant gab die Gründe dieser Verzögerung an und sicherte baldige Lösung dieser Frage zu. Zum Schluß nahm der Stadtvorstand Veranlassung, dem Kommandanten wie allen Chargierten und Feuerwehrleuten zu danken für ihre im verflossenen Jahre im Dienste der Allgemeinheit geleisteten Dienste, worauf der Kommandant die Versammlung schloß.

Württemberg.

Stuttgart, 8. März. (Tragischer Tod.) Finanzrat Keppler, einer der ältesten Beamten des Finanzamts Stuttgart-Stadt, der am 1. Februar in den Ruhestand trat, ist in Rom, wohin er mit württembergischen Freunden eine längere Reise unternommen hatte, vor einigen Tagen nach kurzer Krankheit im Alter von 70 Jahren gestorben. Er wurde auf dem deutschen Friedhof in Rom beigesetzt.

Neckarsulm, 9. März. (Sie trinken ihn selber.) Ein hiesiger Gasthofbesitzer hat der Neckarsulmer Weingärtner-Genossenschaft den gesamten Vorrat an besseren Sorten (zirka 90 Hektoliter) zum Durchschnittspreis von 400 Mark für den Eimer abgekauft. Die Neckarsulmer freuen sich, die erstklassigen Weine selbst trinken zu können.

Bürg OA. Neckarsulm, 9. März. (Brand.) Freitag nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr drohten infolge Kurzschlusses mehrere Häuser in Brand zu geraten. Trotz sofortiger Abstellung des Stroms stand bereits das Haus des Hermann Pfuhl in Flammen, das denn auch samt der Scheuer abbrannte. Die Neuenstadter Feuerwehr war alsbald auf dem Brandplatz erschienen, desgleichen die Heilbronner Motorspritze, die arbeitete, bis der „Feuerfee" kein Wasser mehr gab. Es gelang, die unteren Stockwerke zu erhalten. Gegen 9 Uhr konnte das Löschen den Bürgern und der Neuenstadter Wehr überlassen werden.

Ulm, 8. März. (Unfall bei den Aufräumungsarbeiten.) Zwei Arbeiter wollten bei den Aufräumungsarbeiten am Neuen Bau eine Balkenlage lösen. Der ledige Zimmermeister Emil Hillenbrand stellte sich deshalb auf ein gegen den Lautenberg gehendes Gesims, das, früher gefroren, jetzt aufgeweicht, nachgab. Er stürzte samt dem Gesims etwa 15 Meter hoch gegen den Lautenberg hinab und fiel aufs Gesicht. Er erlitt verschiedene erhebliche Verletzungen, die aber nicht lebensgefährlich sind.

Ravensburg, 8. März. (Noch mehr Schnee?) Etwa 70 Schneegänse überflogen vorgestern abend die Stadt. Der Flug bildete die Form eines „Bahnschlittens". Im Volke erblickt man darin ein Anzeichen, daß noch mehr Schnee kommt.

Weingarten, 8. März. (Feuer.) In der Mälzerei der Klosterbrauerei Köpff brach nachts Feuer aus, das rasch von den aufgestapelten Malzvorräten Besitz ergriff. Um ½2 Uhr morgens wurde die Weckerlinie alarmiert, um 2 Uhr begann die Löschung des Brandes. Die Gefahr war bereits aufs äußerste gestiegen, in wenigen Minuten hätte das Feuer auf den Dachstuhl übergegriffen, womit der ganze Gebäudekomplex der ehemaligen Kaserne in unmittelbare Gefahr gekommen wäre, unter Umständen auch das Kloster und der Dom. Die obere und untere Mälzerei brannten vollständig aus. Verbrannt sind 40 Zentner Malz. Durch den Brand wurde eine derartige Hitze erzeugt, daß sich die Eisenteile bogen. Um 4 Uhr war die Hauptgefahr beseitigt.

Baden.

Kehl, 7. März. Die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat für die Opfer der Explosionskatastrophe in der Brikettfabrik den Betrag von 1000 Mark gespendet.

Engen, 6. März. Beim Umlegen des Narrenbaumes ereignete sich hier ein schwerer Unglücksfall, indem das 10jährige Söhnchen eines Fabrikarbeiters aus Aniellingen durch den umfallenden Baum totgeschlagen wurde.

Konstanz, 7. März. In trübe Familienverhältnisse leuchtete eine Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer hinein. Der 52jährige Landwirt und Schuhmacher Johann Honold in Möhringen war der fahrlässigen Tötung seiner Ehefrau angeklagt. Er hatte seiner gegen Ende des Jahres 1923 krank gewordenen Ehefrau die nötige Kost und Pflege nicht gewährt, so daß die Frau schließlich im Krankenhaus zu Möhringen starb, nachdem man sie in einem furchtbaren Zustande des Elends und der Verwahrlosung angetroffen hatte. Das Gericht verurteilte den pflichtvergessenen Ehemann zu 1 Jahr Gefängnis. Eine milde Strafe!

Heidelberg, 8. März. Der „Schrecken der Nacht", der Einbrecher Hermann Röll, wird sich am 13. März vor dem hiesigen Gericht wegen mehrfacher schwerer Einbruchdiebstähle in Heidelberg und Umgebung zu verantworten haben. Während seiner Verhaftung hat der Einbrecher Eisenstücke verschluckt, um ins Krankenhaus zu kommen und dort bessere Gelegenheit zur Flucht zu haben. Röll hatte neun größere Stücke von 9 bis 12 Zentimeter Länge und 1 bis 2 Zentimeter Dicke verschluckt, die ihm im Akademischen Krankenhaus durch eine Operation aus dem Magen entfernt wurden. Die Absicht, aus dem Krankenhaus zu entfliehen, ist dem Bjährigen, schon einigemale vorbestraften Verbrecher nicht gelungen.

Mannheim, 8. März. Ein bedauerlicher Zwischenfall hat sich beim Bahnhof Rheinau zugetragen. In einem dort haltenden Personenzug wurde ein Schuß abgegeben, wodurch sich der im Bahnhof Rheinau stehende französische Posten bedroht glaubte. Einige französische Soldaten stürzten sich auf die aussteigenden Fahrgäste und verhafteten den jugendlichen Arbeiter Albert Storf aus Brühl, der an dem Vorfall gänzlich unbeteiligt sein soll. Der junge Mann wurde mit Fußtritten und mit Gewehrkolbenschlägen schwer mißhandelt und nach Ludwigshafen geschleppt. — Die Zusammenrottungen und Ausschreitungen Erwerbsloser in Weinheim am 17. November v. Js., bei der es bekanntlich zu Plünderungen und Beschießen der Gendarmerie kam, hatte heute unter Vorsitz von Amtsgerichtsdirektor Dr. Wolfhard ein Nachspiel vor der hiesigen Strafkammer. Die Angeklagten Peter Dewald und Oehlschläger wurden beschuldigt, aus Viernheim mit noch anderen Kommunisten nach Weinheim gezogen zu sein, um dort an den Ausschreitungen der Erwerbslosen teilzunehmen. Dewald besaß dabei einen Karabiner, zu seinem „eigenen Schutz", wie er sagte. Dewald, der Vorsitzende der Kommunisten in Viernheim war, erhielt 1 Jahr 6 Mo-

---

37) **Der Kampf im Spessart.**

Erzählung von Levin Schücking.

„Es stehen ihrer schon da, das weiß ich," entgegnete der Krippauer, „aber wie bring' ich einen herauf?"

„Hilf dir selbst! Sieh, daß du ein paar herrenlose Pferde auffängst, oder nimm dir Leute genug mit, daß ihr den Wagen selber heraufziehen könnt."

„Nun ja, ich geh' ja schon!" antwortete der Krippauer. „Aber ich muß mehr Hilfe haben als den zerrissenen Schulmeister hier und meine zwei Knechte." „Freiwillige vor!" rief es.

Ein Dutzend waren bereit, dem Krippauer zu helfen, und der Haufen eilte davon, weiter die Schlucht hinab.

Als sie abzogen, ließ sich unten, von der Heerstraße her, ein plötzliches lebhaftes Kleingewehrfeuer hören; die Spitze der österreichischen Kolonne mußte eben unten eingetroffen sein und in ein heranmarschierendes Korps der Feinde ihre Salven schleudern.

„Jetzt wird's da unten ein gutes Durcheinander geben!" rief der Forstläufer Sepp. „Wenn der Krippauer sich nur aus dem Gemenge herausholt, was wir brauchen! Wär' schlimm, wenn bei der Affäre nicht als Arbeitslohn ein guter Imbiß zu Abend herauskäme."

Nach und nach hatte die Schar — es mochten etwa noch hundertundfünfzig Köpfe sein — sich in die Mühle gedrängt und in alle Räume des kleinen Gebäudes ergossen, das heißt, soviel von ihnen hineingingen, denn ein großer Teil mußte draußen bleiben, weil der Platz drinnen nicht reichte. Gevatter Wölfle schleppte eilig mit den Seinen Stroh- und Heubündel auf den freien Raum vor seiner Mühle, damit die Männer sich darauf lagern konnten; diese waren tätig, seinen Holzschuppen zu plündern und Reisig und Scheitholz herbeizuschleppen, um vor der Mühle ein großes Wachtfeuer anzuzünden; nach kurzer Zeit flammte es in heller Glut in die Höhe, und die Bauern lagerten sich in malerischen Gruppen umher.

In malerischen Gruppen — nichts kennte in der Tat frappantere Bilder bieten als dies kleine Biwak bewaffneter Bauern, die von einer heißen und blutigen Tagesarbeit ausruhten, in wunderlich bunten Kleidungsstücken, mit staub- und rauchgeschwärzten Gesichtern, mit den verschiedensten und seltsamsten Waffen neben sich, müde, hungrig, durstig und doch in der tollsten Laune, in der ganzen Erregung eines triumphreichen Tages, wie sie einen ähnlichen in ihrem Leben nicht gesehen, inmitten eines großen geschichtlichen Ereignisses, wie sie nie inmitten eines ähnlichen, selbst teilnehmend und werktätig helfend gestanden.

Es war nach und nach dunkel geworden. Die Flammen fingen an greller und glühender die altergeschwärzte Mühle, die Bergwände und die Gruppen der Männer umher zu beleuchten und jenes eigentümlich intensive Grün der Baumwipfel hervortreten zu lassen, das der Baum an den Stellen, wo er hell beleuchtet ist, dem rotgoldenen Glanze nächtlichen Lichtscheins entgegenhält.

Von drunten her tönten noch immer Flintenschüsse, aber sie wurden seltener und seltener; die Nacht schien auch dort unten Ruhe zu gebieten. Die Oesterreicher sandten einen Haufen Fouragiere herauf, von denen die Bauern erfuhren, daß sie weiter unten in der Schlucht biwakieren wollten; die Fouragiere sollten Heu und Stroh zum Lager herbeischaffen, einige von ihnen nach den ihnen nachkommenden Proviant- und Gepäckwagen ausschauen. Sie mußten weiter ziehen, die Mühle und das Försterhaus hatten keine Hilfe für sie; nur Gevatter Wölfles Holzschuppen spendete ihnen eine Beisteuer an getrocknetem Holz für ihre Beiwachtfeuer.

„Wo der Krippauer bleibt?" rief jetzt, nachdem ein Teil der Oesterreicher aufwärts weiter und ein anderer mit Scheiten und Reisigbündeln beladen abwärts gezogen war, einer der Bauern, der, Gott weiß aus welcher Laune, seinen Rock umgewendet angezogen hatte. „Ich fürchte, gerät der mit seinem erbeuteten Proviantwagen unter diese Kameraden drunten, so werden sie uns nicht viel drin lassen!"

„Warum gar nicht", antwortete ein kleiner verwachsener Mensch mit geröteten, fortwährend blinzelnden Augen. — „'s sind ehrliche Oesterreicher, gute Burschen, deutsches Blut, keine Welschen und Kroaten, solche, weißt du, von denen dem Sepp seine Geschichte geht."

„Dem Sepp seine Geschichte? Und wie lautet deine Geschichte, Sepp, von welcher der Krepsacher da spricht? Her damit!" sagte der Umgewendete.

„Kannst sie haben, Jochem, sie ist kurz genug", versetzte Sepp. „Es waren ihrer drei von diesen Völkern im Quartier bei einem Bauer; der hat ein silbernes Kruzifixbild in seiner Schlafkammer über dem Bett hängen. Sagt am anderen Morgen der eine heimlich zum andern: Hast du g'sehen — Herrgott, silbernes, in der Kammer? Sagt der andere: Hab i schon! Sagt der dritte: Hast du g'hobt!"

Ein lautes Gelächter folgte, das in einen allgemeinen Hurraruf überging, als jetzt der Krippauer mit seinen Leuten, die sich mit Stricken vor einen französischen Fouragewagen gespannt hatten, aufguchte. Alle eilten ihm entgegen, um Hand anzulegen und den Wagen bis zu dem Wachtfeuer vor der Mühle heraufzubefördern.

„Teufel, der ist gut beladen," rief der Krepsacher.

„Ich mein's," sagte der Krippauer, der jetzt ausspannte und sich die Stirn wischend mit den Seinen verschnaufend nebenherging, „ob er schwer ist! Wir haben auch einen guten ausgesucht; könnt's uns danken!"

„Ist Gepäck drin," fragte der Umgewendete.

„Es ist alles drin," versetzte der Krippauer; „es muß solch ein Generalsküchenwagen sein, und es schaut aus drin wie in der Vorratskammer des heiligen Mannes, des Abts von Neustadt; das Herz soll euch aufgehen, ihr Männer, wenn ihr dreinschaut. Hat dies Franzosenpack etwas Ehrliches zusammengeraubt!"

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

mit Gefängnis. Oehlschläger, ein Epileptiker, wurde mit 8 Monaten Gefängnis bestraft. Die Aufhebung des Haftbefehls lehnte das Gericht ab.

Handel und Verkehr.

Wirtschaftliche Wochenrundschau.

Geldmarkt. Die Lage des deutschen Geldmarktes ist nach wie vor sehr gespannt. Die Anforderungen von Industrie, Handel und Gewerbe sowie von Landwirtschaft sind andauernd so groß, daß sie auch nicht annähernd befriedigt werden können. Wenn diese Kreditnot in so starkem Maße fortbesteht, so bedeutet sie auf die Länge eine ernste Gefahr besonders für die Industrie, der dadurch die Konkurrenz mit dem Ausland fast unmöglich gemacht wird und die Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft weiter hinausschiebt. Dabei fehlt es nicht an günstigen Auspizien für das laufende Jahr. Die Leipziger Messe zeigt einen außerordentlichen starken Besuch und man kann wohl mit zahlreichen Aufträgen auch aus dem Ausland für die deutsche Industrie rechnen. Ein weiteres günstiges Zeichen ist, daß die Lage des Arbeitsmarktes sich wenigstens in kleinerem Maße gebessert hat, was aus dem steigenden Rückgang der Erwerbslosenzahl hervorgeht. Auf dem Devisenmarkt machte der Rückgang des französischen und belgischen Frankens weitere Fortschritte. Der französische Franken hat jetzt mit 17,16 Pfg. in Berlin seinen bisherigen niedrigsten Stand erreicht. Dieser Rückgang dürfte in enger Verbindung stehen mit der englisch-französischen Politik, die sich einstweilen in einer Fortsetzung des Briefwechsels zwischen den beiderseitigen Ministerpräsidenten ausdrückt und wohl auch im Zusammenhang mit gewissen internationalen Machenschaften steht, deren Ziel ist, Frankreich gefügiger zu machen.

Börse. Die Stimmung an der Börse war auch in der abgelaufenen Berichtswoche sehr gedrückt und die Kursabbröckelungen machten vielfach weitere Fortschritte. Der Umstand, daß nicht nur die kleinen Kreise, sondern auch Handel und Industrie zur Beschaffung ihres Kreditbedarfs dazu übergehen, den Aktienbesitz immer mehr abzustoßen, und daß andererseits die Möglichkeit besteht, vorhandenes Geld wertbeständig anzulegen, drängt die Nachfrage nach Wertpapieren immer mehr zurück. Auch die für die Inflationszeit bestimmte Börsenumsatzsteuer legt jedes Geschäft lahm. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn bei der nun schon seit Monaten bestehenden hochgradigen Geschäftsstille an der Börse finanziell schlecht fundierte Bankfirmen zusammenbrechen; verwunderlich um so weniger, als manche dieser Firmen ihr Dasein lediglich den Zeiten bitterster Not verdankt und nun von Rechtswegen wieder von der Bildfläche verschwindet.

Produktenmarkt. Auf dem Produktenmarkt fehlte es andauernd an Unternehmungslust und die Lage des Marktes blieb schwach. Von der nun bald einsetzenden Feldbestellung erwartet man eine Einschränkung der Verkäufe durch die Landwirtschaft. Das Geschäft in Auslandsgetreide wurde durch die schwache Zuteilung von Devisen behindert; auch das Mehlgeschäft hat sich noch nicht gebessert. An der Berliner Produktenbörse notierten am 6. März Weizen 166 (—4), Roggen 165 (—3), Braugerste 182 (plus 1), Hafer 120 (plus 2), Mehl 26¾ (—4,5) Mark. Die Preise für Wiesenheu sind an der Stuttgarter Landesproduktenbörse von 9 Mark auf 8,50 gefallen, die für Kleeheu blieben unverändert, während die Höchstpreise für Stroh sich von 5,75 auf 7 Mark erhöhten.

Warenmarkt. Die Teuerung im Warenmarkt hält immer noch an. Die letzte Reichsindexziffer weist eine Steigerung um 1 Prozent auf, während sich in Stuttgart die auf den 3. März berechnete Indexzahl für die Lebenshaltung ohne bzw. mit Bekleidung gegenüber dem Stand vom 25. Februar um 0,3 bzw. 0,2 Prozent erhöhte. Diese fortgesetzte Steigerung, wenn sie sich auch noch nicht in besonders drückendem Maße auswirkt, ist für die große Zahl von Gehaltsempfängern nicht ohne Bedeutung und dürfte, wenn sie so weiter geht, im März zu einer weiteren Steigerung von Gehältern und Löhnen führen. Hoffentlich beginnt damit dann nicht wieder die bekannte Schraube ohne Ende. Die Regierung und auch diejenigen, die ein Interesse an stabilen Verhältnissen haben, müssen ihr Bestreben mit allem Ernst darauf richten, der Preissteigerung Einhalt zu tun. Auf dem Textilmarkt hat die bisherige Preissteigerung einem leichten Preisrückgang Platz gemacht. Die Preise für Butter ziehen langsam an; auch am ausländischen Fettmarkt ist eine Befestigung eingetreten.

Viehmarkt. Die Viehpreise haben bei ziemlich gleich starker Anfuhr, aber lebhafter Nachfrage namentlich für Ochsen, Rinder, Kühe und Schweine eine leichte Erhöhung erfahren.

Holzmarkt. Am Holzmarkt gibt es immer noch unsinnige Preissteigerungen, aber nicht durch die Industrie, sondern hauptsächlich durch Handwerker.

Neueste Nachrichten

München, 8. März. Amtlich wird mitgeteilt: Die bayerische Regierung hat unmittelbar nach der Verteidigungsrede Ludendorffs dem apostolischen Nuntius in München Pacelli mündlich ihr lebhaftes Bedauern über die in dieser Rede gegen den Heiligen Stuhl gerichteten Angriffe zum Ausdruck gebracht und hierbei betont, daß sie diese in jeder Hinsicht unberechtigten Angriffe außerordentlich peinlich und schmerzlich empfinde.

Aachen, 8. März. Regierungspräsident Dr. Rembach, welcher am 27. Januar 1923 ausgewiesen worden war, kann nunmehr mit Genehmigung der Besatzungsbehörde nach Aachen zurückkehren und seinen Dienst wieder aufnehmen.

Berlin, 10. März. Im „Rheingold“ fand gestern eine Massenversammlung der Hypotheken- und Spargläubiger statt. Der etwa 3000 Personen fassende Saal war überfüllt. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die dritte Steuernotverordnung als eine unfaßbare Ungerechtigkeit bezeichnet wird, da sie Hunderttausenden von Gläubigern die letzte Existenzmöglichkeit nehme und das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes erschüttere. Die Entschließung fordert die Aufhebung der Aufwertungsbestimmungen der Verordnung.

Berlin, 9. März. Ein gewisser Adolf Kalweit hatte eine große Reihe von Landarbeiterfamilien in der Uckermark und in Ostpreußen durch verlockende Angebote veranlaßt, sich ihm als angeblichen Vorsitzenden eines Verbandes der Auswanderer zur Auswanderung nach Südamerika anzuvertrauen und Hab und Gut zu verkaufen. Er nahm ihnen Vorschüsse ab, ließ sich Lebensmittel senden und ließ die Vertrauensseligen in Berlin, wo er sie zur Weiterbeförderung in Empfang nehmen wollte, im Elend sitzen. Kalweit wurde verhaftet, mußte aber wieder entlassen werden, da infolge Krankheit ein ärztliches Gutachten seine Haftunfähigkeit bescheinigte.

Berlin, 8. März. Den Blättern zufolge, kann es jetzt als feststehend betrachtet werden, daß aus wahltechnischen und religiösen Gründen die Neuwahlen im April stattfinden.

Hamburg, 9. März. Die heute vorgenommene Urabstimmung der gesamten Hamburger Hafenarbeiterschaft hat mit überwiegender Mehrheit zum Streikbeschluß geführt. Die Arbeitsniederlegung soll am Dienstag erfolgen.

London, 9. März. Reuter meldet: Macdonald und Admiral Beatty hatten gestern eine Besprechung. Der Premierminister teilte dabei mit, das Kabinett habe beschlossen, die Pläne betreffend den Bau von Docks in Singapore mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der englischen Finanzen nicht auszuführen. Beatty erklärte, die Admiralität erkläre sich mit diesem Beschluß einverstanden. Die Meldungen über eine zu erwartende Krise in der Admiralität sind also unbegründet.

London, 10. März. Die Regierung des irischen Freistaates hat die Verhaftung zweier höherer Offiziere, des Generalmajors Tobin und des Obersten Dalton, angeordnet. Sie werden der Meuterei beschuldigt. Eine spätere Meldung besagt, daß die Meuterei die Folge der Entlassung von 800 Offizieren war, welche durch ihre Unzufriedenheit verursacht wurde. Es wird gemeldet, daß der Kommandant der Templemore-Kaserne bei dem Empfang der Demobilmachung mit seinen Leuten nebst Maschinengewehren in das Hügelland gezogen sei. Panzerwagen seien gegen sie entsandt worden.

Der Hitler-Prozeß.

München, 8. März. Die Vormittagssitzung begann mit der Vernehmung des Obersten Etzel aus Regensburg, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand. Um 10½ Uhr wurde die öffentliche Sitzung aufgenommen. Zunächst gab General Ludendorff gegenüber den Ausführungen des Generals von Kreß eine Erklärung ab, in der er feststellt, daß die Angeklagten Mitglieder des alten Heeres sind und im Kriege gekämpft haben. Sie sähen in der Reichswehr die Fortsetzung des alten Heeres. Sie kämpften nicht gegen Reichswehr und gegen das Offizierskorps. Generalmajor v. Tieschowitz wendet sich gegen die Behauptung, daß Angehörige der Infanterieschule, die Aussagen über den Leutnant Wagner zu machen hatten, von ihrem Vorgesetzten in ungebührlicher Weise behandelt worden waren. Diese Behauptung treffe nicht zu. Zeuge General von Epp macht die Feststellung, er habe seinerzeit die Studentenschaft nicht eingeladen, um sie zur Parteinahme für Kahr zu gewinnen; er habe nur die Absicht gehabt, beruhigend auf die Gemüter einzuwirken. Auf Befragen erklärt Zeuge, daß es einige höhere Offiziere waren, die ihn baten, die Besprechung mit der Studentenschaft zu arrangieren. Justizrat Kohl tritt den Ausführungen Epps entgegen, indem er bemerkt, Epp habe beispielsweise Hitler Ehrenwortbruch vorgeworfen und außerdem den Oberlautnant Roßbach angegriffen. Er sei stolz darauf, daß sein Sohn bei der Besprechung im Namen der deutschen Burschenschaft erklärt habe, die deutsche Burschenschaft stelle sich hinter keinen Mann, der sein Wort gebrochen habe. Es folgt die Vernehmung des Generalleutnants Karl von Hildebrand, der Ludendorff seit seiner Jugend kennt. Zeuge bekundet, Ludendorff habe an das Wort Kahrs fest geglaubt. Als in den Morgenstunden des 9. November die Anzeichen sich verdichteten, daß Kahr seine Ansicht geändert hätte, sah Ludendorff in dieser Handlungsweise Kahrs einen nachträglichen Umfall. In gleicher Weise habe Ludendorff das Wort Lossows gewertet. Jedenfalls sehe Ludendorff darin, daß ihm Kahr und Lossow von ihrem Umfall nachträglich keine Mitteilung machten, einen Verrat an sich und an der Bewegung. Ludendorff habe ihm gesagt, er habe sich entschlossen, der völkischen Bewegung die Treue zu halten, und er würde ein ganz gemeiner Mann sein, wenn er Hitler in dieser Lage verlassen hätte. Der nächste Zeuge, Oberstleutnant von Berchem, Kommandeur des 1. Bataillons des Infanterieregiments 19, wird zunächst unvereidigt vernommen. Seine Angaben widerlegen die Behauptung, daß Braun den Leutnant Casella erschossen habe, und bezeichnet dies als eine Verleumdung, wogegen Justizrat Schramm protestiert. Zeuge betont weiter, es sei ihm durchaus ferngelegen, Ludendorff Ehrenwortbruch vorzuwerfen. Der Befehl vom 9. November, das Feuer zu eröffnen, falls von der anderen Seite geschossen werde, sei von General Danner gegeben worden. Leutnant a. D. Alois Ecker, der in der Nacht zum 9. November im Wehrkreiskommando anwesend war, bekundet, er habe sich auf Veranlassung Kriebels in die Kaserne begeben, um mit Lossow zu sprechen. Dieser habe erklärt, es sei das Wort gebrochen worden und infolgedessen keine weitere Verständigung mehr möglich. Dem Zeugen wurde dann verboten, aus der Kaserne wegzugehen. Hierauf wird Polizeimajor Freiherr von Immhoff vernommen. Gegen die Vereidigung dieses Zeugen erhebt Rechtsanwalt Roder Einspruch mit der Begründung, daß dieser Zeuge in erster Linie als Mittäter in Betracht komme, wenn hier von Hochverrat gesprochen werden könne. Das Gericht faßt nach kurzer Beratung den Beschluß, Immhoff zu vereidigen. Zeuge führt an Hand von schriftlichen Aufzeichnungen aus, Oberst Banzer habe in der Offiziersbesprechung der Landespolizei in München am 8. Oktober festgestellt, für die Landespolizei gebe es nur die Pflicht; sie müsse gegen alle Umsturzversuche einschreiten. In der Chefbesprechung bei Oberst von Seisser am 8. November sagte dieser, Hitler und Ludendorff streben die Bildung einer nationalen Reichsregierung in Bayern an, wobei Herr von Kahr niemals mittun würde. Ludendorff habe sich verpflichtet, nichts zu unternehmen, was ihn in Konflikt mit der Landespolizei oder Reichswehr bringen könne. Hitler habe erklärt, er würde nichts unternehmen ohne vorherige Verständigung des Generalstaatskommissariats. Seisser betonte noch, sollte wider Erwarten der Kampfbund doch losschlagen, so wisse er, daß die Landespolizei ihre Pflicht tun werde, so schwer es ihr auch falle. Darüber seien auch die genannten Herren nicht im geringsten Zweifel gelassen worden. Außerdem erwähnte Seisser, daß die Namen Kahrs, Lossows und Seissers für ein Flugblatt mißbraucht worden seien. Zeuge Immhoff kommt dann auf die Ereignisse am 8. November, abends, zu sprechen. Auf die Frage der Verteidigung, ob ich Oberamtmann Frick als Polizeipräsident vorgestellt habe und ob dieser nach Auffassung des Zeugen vorher von den Ereignissen Kenntnis hatte, erklärt Zeuge, er habe keinen Anlaß, dies zu bejahen. — Der Angeklagte Frick bestreitet dann, daß er mit Pöhner über die Einsetzung von Standgerichten gesprochen habe. Zeuge bestätigt, daß durch die Landespolizei der Befehl zur Verhaftung Ludendorffs gelaufen sei. — Auf Befragen Hitlers erklärt Zeuge, er habe den Eindruck gehabt, daß Seisser die Ereignisse im Bürgerbräukeller ablehne. Er habe weiter den Eindruck gehabt, daß es Seisser vor allem darauf ankam, unter allen Umständen die nötigen Machtmittel auch von auswärts heranzubringen. — Hierauf entwickelt sich noch ein Redespiel zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung, wobei Rechtsanwalt Holl bemerkt, der Hauptzeuge sei nicht Lossow und nicht Seisser, sondern Kahr. Kahr müsse am Montag vernommen werden, sonst müsse die Verteidigung neuerdings zahlreiche Fragen stellen, die schließlich doch nur Kahr beantworten könne. — Rechtsanwalt Götz überreicht dem Vorsitzenden einen schriftlichen Antrag auf Haftentlassung des Oberamtmanns Frick, nachdem der ganze Fragenkomplex gegen Frick durchbehandelt sei und keine Fluchtgefahr bestehe. — Der Vorsitzende erklärt hierzu, daß er den Antrag an die Staatsanwaltschaft weitergeben werde. — Ferner stellt Justizrat Kohl den Antrag auf Haftentlassung Brückners, da in dieser Sache überhaupt kein Zeuge mehr vernommen werde. — Nachdem noch Rechtsanwalt Roder eingehend den Antrag auf Haftentlassung Fricks begründet hatte, wurde die Sitzung geschlossen und auf Montag vormittag vertagt.

Aus dem französischen Gelbbuch.

Paris, 8. März. Die in dem heute herausgegebenen Gelbbuch über die Sicherheitsfrage (genauer Titel: Dokumente über die Verhandlungen betreffend die Sicherheitsgarantien gegen einen Angriff Deutschlands vom 10. Januar 1919 bis 7. Dezember 1923) veröffentlichten Dokumente sind zum Teil, sei es durch die Presse, sei es durch das bekannte Buch Andre Tardieus über die Friedenskonferenz bereits bekannt. Unter den noch nicht veröffentlichten Schriftstücken steht in erster Linie das vom 10. Januar 1919 datierte Memorandum des Marschalls Foch, in dem dieser unter anderem erklärt, der Rhein als militärische Grenze, die für die Aufrechterhaltung des von den Alliierten und Assoziierten angestrebten Friedens unerläßlich sei, stelle keinerlei territorialen Vorteil für irgend ein Land dar. Es handle sich nicht darum, das linke Rheinufer zu annektieren, Frankreich oder Belgien einen Gebietszuwachs zu verschaffen und dem Rhein gegen einen deutschen Vorstoß zu schützen, sondern darum, am Rhein die gemeinsame Sicherheitsschranke, die für die Gesellschaft der demokratischen Nationen unerläßlich sei, zu errichten. Es handle sich nicht darum, einer einzigen Macht die Gewalt an dieser gemeinsamen Schranke anzuvertrauen, sondern vielmehr sei es durch die moralische, sei es durch die materielle Unterstützung aller demokratischen Mächte, die Verteidigung ihrer Existenz und ihrer Zukunft zu gewährleisten dadurch, daß man es Deutschland ein- für allemal unmöglich mache, den Krieg und den Geist der deutschen Vorherrschaft auf das linke Rheinufer hinüberzutragen. Selbstverständlich werde es Sache des Friedensvertrages sein, das Statut der außerhalb der französischen und belgischen Grenze lebenden linksrheinischen Bevölkerung zu bestimmen.

Welcher Art aber auch diese Organisation sein möge, sie werde der obenerwähnten militärischen Notwendigkeit Rechnung tragen müssen und dementsprechend 1. Deutschland den militärischen Zugang zu den rheinischen Landesteilen auf dem linken Ufer und die politische Propaganda auf diesem Gebiet völlig unmöglich zu machen, vielleicht sogar diese Gebiete durch eine militärische Neutralisierungszone decken, 2. die militärische Besetzung der Rheinlande auf dem linken Rheinufer durch alliierte Truppen sichern, 3. den Rheinstaat auf dem linken Ufer durch Anschluß an die übrigen westlichen Staaten mit Hilfe eines gemeinsamen Zollregimes die für ihre Wirtschaftstätigkeit erforderlichen Absatzmärkte garantieren müssen. Unter diesen Voraussetzungen und entsprechend dem von allen anerkannten Grundsatz der Freiheit der Völker könne man sich die Bildung autonomer Staaten auf dem linken Rheinufer denken, die sich unter den oben angedeuteten Vorbehalten selbst verwalteten. Die Bildung dieser Staaten an der starken natürlichen Grenze des Rheins werde allein imstande sein, Westeuropa den Frieden zu sichern.

Das folgende Dokument, ein Memorandum der französischen Regierung betreffend die Festlegung der deutschen Westgrenze durch den Rhein und die alliierte Besetzung der Rheinbrücken, ist datiert vom 25. Februar 1919. Er schließt sich der Auffassung des Marschalls Foch an. In diesem ersten Teil des Gelbbuches, der bis zum 2. September 1919 reicht, findet sich außerdem eine zweite Note des Marschalls Foch an die alliierten Regierungen vom 31. März, ferner die Entwürfe zu den späteren Artikeln 428 bis 431 des Versailler Vertrags. Einer dieser Entwürfe stellt den Wortlaut der nicht ratifizierten französisch-englisch-amerikanischen Garantiepakte dar.

Ein wichtiges Dokument ist die Note der französischen Regierung vom 17. März, in der Einwendungen des Präsidenten Wilson und Lloyd Georges gegen die Besetzung des linken Rheinufers und die Vorschläge des Marschalls Foch vorgebracht werden. Die Einwendungen von Wilson und Lloyd George enthält das Gelbbuch nicht; aber aus der Widerlegung der französischen Regierung verdient folgendes hervorgehoben zu werden: Das linke Rheinufer sei von dem übrigen Deutschland verschieden. Es fürchte den Bolschewismus und die Kriegsabgabe. Es sei sich seines wirtschaftlichen Partikularismus bewußt. Es liebe die preußischen Beamten nicht, die das Deutsche Reich ihm aufgenötigt habe. Trotzdem Frankreich absolute Zurückhaltung übe, treten dort bereits separatistische Tendenzen auf. Man rechne mit nationalistischer Erregung in Deutschland. Dieser Zustand sei durch die Niederlage geschaffen worden. Man glaube, daß die vorgeschlagene Lösung des Imperialismus verdächtigt werden könne. Aber es handele sich nicht darum, zu annektieren, es handele sich darum, unter der Gewähr des Völkerbundes einen den Interessen der Völker und den Bestrebungen eines großen Teiles unter ihnen entsprechenden unabhängigen Staat zu schaffen. Das sei keine Bismarck'sche Lösung. Man mache sich Sorge wegen des Eindruckes auf die öffentliche Meinung in England und Amerika. Der ganze letzte Krieg lehre aber, daß der Rhein nicht nur die militärische Grenze Frankreichs und Belgiens, sondern auch der Demokratien jenseits des Meeres sei. Es werde auf die Gefahr einer unbestimmten Zeit hindurch währenden Besetzung hingewiesen. Aber da die ganze Organisation des linken Rheinufers in der Hand des Völkerbundes liegen solle, werde dieser stets das Recht haben, sie zu ändern.

Weiterer Sturz des Franken.

Paris, 9. März. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Boulogne hat die Southern Railway, die den Dienst zwischen Frankreich und England versieht, gestern das Pfund Sterling mit 121 Francs berechnet. Poincare verhandelte gestern wiederholt mit dem Kriegsminister dem Finanzminister und dem Justizminister. Nach den Morgenblättern waren die Beratungen durch den Stand des französischen Franken veranlaßt. Das „Echo de Paris“ schreibt, man habe noch keine Beschlüsse gefaßt, aber die neue Offensive gegen den Franken erfordere eine siegreiche Gegenoffensive. Die Absichten der Regierung gingen dahin, zunächst den weiteren Sturz des Franken aufzuhalten.

Paris, 9. März. Heute vormittag fand im Elysee unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik eine Beratung statt, an der außer dem Ministerpräsidenten teilnahmen: der Finanzminister, der Gouverneur der Bank von Frankreich und die Mitglieder des Generalrates dieser Bank. Es wurden alle Maßnahmen besprochen, durch die man die Sanierung der Finanzen und die Wiederaufrichtung des Franken zu erzielen hofft. In dem nach Schluß der Beratung veröffentlichten offiziellen Communique heißt es, die Regierung werde bei dem Senat darauf bestehen, daß die Finanzgesetze rasch angenommen werden und sie werde die Erklärungen wiederholen, die sie vor der Kammer abgegeben habe und die die Notwendigkeit beweisen sollten, daß die Ausgaben eingeschränkt und der Anleihepolitik ein Ende bereitet werden müsse. Die Bank von Frankreich werde die Bemühungen unterstützen, die die Regierung in die Wege leite, und alle erforderlichen Maßnahmen treffen.

London, 9. März. Der aufsehenerregende neue Sturz des französischen Franken findet größte Beachtung. Der „Manchester Guardian“ schreibt, Poincares Nervenkraft sei offenbar an der Grenze angelangt. Sein brutales Ultimatum an den Senat, seine finanziellen Vorschläge anzunehmen, sehe wie die Handlung eines Mannes aus, der entweder die Selbstbeherrschung verloren habe oder zum Rücktritt gezwungen werde.

London, 9. März. Die Poincare- und Frankenkrise wird von der Presse weiterhin eingehend erörtert. „Sunday Times“ verkündet unter Fettdruck: „Poincare kämpft um sein Leben“. Unter der Ueberschrift „Ruhr-Nemesis“ führt das Blatt aus, der Franken falle und reiße Poincare mit sich. Seine Politik sei es, die den Weg für den augenblicklichen Sturz der französischen Währung geebnet habe. Poincares Hasardspiel sei fehlgeschlagen. Wenn er Geld von Deutschland wolle, um den Franken vor dem Zusammenbruch und sich selbst vor schmählicher Niederlage bei den kommenden Wahlen zu retten, so müsse er das Ruhrgebiet verlassen und alles zurücknehmen, was er in der Oeffentlichkeit in den letzten Wochen gesprochen habe. Es werde jetzt von Frankreich klar erkannt, daß die Aussicht, von Deutschland Geld zu erhalten, durch Poincares Ruhrpolitik sehr behindert worden sei. Die Ruhrbesetzung habe das deutsche Eisenbahnsystem und die deutsche Schwerindustrie betroffen, so daß keine Finanzgruppe der Welt heute Deutschland etwas leihen wolle, wenn nicht die Wirtschaftseinheit Deutschlands wiederhergestellt werde, d. h. wenn die Franzosen nicht aufhören, das Ruhrgebiet zu kontrollieren.

LANDKREIS CALW
Kreisarchiv Calw

Schafräude.

Die unter dem Schafbestand des Wirts **Karl Haag** in **Nonnenmiß** festgestellte Räude (vergl. „Enztäler" Nr. 99 vom 30. 4. 1923) ist nunmehr erloschen; die angeordneten Schutzmaßregeln werden hiemit aufgehoben.

Neuenbürg, den 6. März 1924. **Oberamt:** Heckel, Amtmann.

Stadtgemeinde Calw.

Zu dem am nächsten **Mittwoch, den 12. März 1924** stattfindenden

Krämermarkt, Pferde-, Vieh- und Schweinemarkt

ergeht Einladung. Vieh aus verseuchtem bezw. Beobachtungsgebiet darf nicht beigebracht werden. Ebenso werden Händler aus solchem Gebiet nicht zugelassen.

Calw, den 7. März 1924.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats

am Dienstag, den 11. März, abends 6 Uhr.

Tagesordnung:
1. Bausachen.
2. Sonstiges.

Stadtschultheiß Knodel.

Italienische

Leghühner,

1923er Frühbruttiere, versendet à 5 Mark

J. Mohr, jr.,
Ulm a. Donau (Württemberg).

Bezirks-Konsumverein Neuenbürg (Enz).

Heute und morgen werden ab Lager

norddeutsche Saatkartoffeln

per Zentner 4.50 Mark

abgegeben. Ebenso einige Zentner

kleine Kartoffeln,

zu Futterzwecken geeignet, per Zentner **2.50 Mark.**

-Achten Sie aber auf die Originalpackung!-

Gräfenhausen, Pforzheim, 10. März 1924.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, dass unsere liebe, gute Mutter, Gross- und Urgrossmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Wilhelmine Buck, Witwe,

geb. Behner,

im Alter von nahezu 80 Jahren Sonntag abend sanft entschlafen ist. Ein Leben reich an Arbeit und Mühe hat damit seinen Abschluss gefunden.

Im Namen der Trauernden:

Fritz Buck und Familie.
Ernst Buck und Familie.
Paul Buck und Frau.

Beerdigung: Dienstag nachmittag ½3 Uhr in Gräfenhausen.

Stoizenberg-Fortuna

die deutsche

Schnell-Schreibmaschine.

Vertreter:
G. Köbele, Nagold
Fernsprecher 126.

Pforzheimer

Gold-Ankaufstelle

kauft **Gold, Silber, Platin** in Barren und fein, sowie **alte Schmucksachen** zum Einschmelzen, **Rosen** und **Brillanten,** ferner **Gold- und Silbermünzen,** in- und ausländische.

Edelmetall-Handlung
A. Metsch,
Pforzheim, Waisenhausplatz 4, Tel. 3468.

Architekt B.D.A.

Karl Junge,

Calmbach.

Industriebau, Geschäftshaus- und Wohnhausbau.

Reiche Erfahrung. Beste Empfehlungen.

Schnelle pünktliche Bedienung.

Grammophone

Federwerk u. elektr. Antrieb
in allen bekannten Marken
äusserst preiswert.

Schallplatten

Gesänge — Orchester
Schlager — Tänze

in grösster Auswahl. — Vorführung bereitwilligst.
Kataloge gerne zu Diensten.

Schmid & Buchwaldt

Pforzheim

Westliche 23. :: 1 Treppe.
(Gegenüber dem Viktoria-Theater.)

VOX

Geschäftsempfehlung.

Der geehrten Einwohnerschaft von **Herrenalb und Umgebung** sowie den tit. Behörden zur gefälligen Kenntnis, daß ich am hiesigen Platze eine

Buchbinderei

errichtet habe und alle einschlägigen Arbeiten aufs beste und billigste ausführen werde. Desgleichen empfehle ich mich in

Gesangbüchern und guten Jugendschriften,

besonders geeignet für **Konfirmations-Geschenke.**

Heinrich Ecker,
Herrenalb, Gernsbacherstraße.

Lungenkranke

versuchen eine **Hamakur.** Auskunft erteilt **H. Maier,** Homöopath und Naturheilkundiger, Rennfeldstrasse 21, **Pforzheim,** Fernruf 2218.

Drahtstifte

in allen Abmessungen liefern billigst aus Lagervorrat.

Rayher & Gautert, Pforzheim,
Eisen, Stahl, Metalle,
Telefon 3325, Weiherstraße 35.

Für Wirte

Sodawasser- und Limonaden-Apparat,

komplette Einrichtung mit Flaschen usw. billig abzugeben.

Offerten unter Nr. 38 an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Rotensol.

Eine sehr gut erhaltene, eiserne zusammenlegbare

Kinderbettstelle

mit **Matratze** zu verkaufen

Eugen Müller.

Schnittige

Hahndoppelbüchse,

prima im Schuß, schöne Hochwildwaffe, preiswert abzugeben

Groß, Ziegelwerke,
Schorndorf.

Zur Aufklärung!

Nach dem Bericht im Enztäler über die Hauptversammlung der „Sängervereinigung Freundschaft" in bezug auf Erweiterung zu einem Männergesangverein könnte in der Oeffentlichkeit die Meinung erweckt werden, als ob der Liederkranz an dem Nichtzustandekommen des vor 2 Jahren geplanten größeren Gesangvereins die Schuld trüge. Das ist eine — bewußt oder unbewußt sei dahingestellt — Irreführung der öffentlichen Meinung. Aus dem Schriftwechsel des Liederkranzes und Turnvereins in dieser Sache sei folgendes festgestellt:

Der Liederkranz erklärte sich mit Schreiben vom 10. Februar 1922 bereit, mit dem Turner-Gesangverein wegen Verschmelzung dieser beiden Gesangvereine zu einem großen Gesangverein unter folgenden Bedingungen zu unterhandeln:

„1. Der Name „Liederkranz" muß unter allen Umständen bestehen bleiben.

2. Herr Oberreallehrer Widmaier, der schon mehr als 20 Jahre den Liederkranz mit großem Erfolg dirigiert, soll als Dirigent bis zu seinem Wegzug beibehalten werden.

3. Was die beiden anderen Vereine (Sozialdemokratischer und Fußballverein) anlangt, glauben wir, da diese Vereine keine Gesangsabteilung führen, vorläufig nicht in Unterhandlungen treten zu können. Es sind uns aber von diesen Vereinen sangeskundige, unbescholtene Männer jeden Standes, die mit unseren jetzt bestehenden Bestrebungen und Idealen, welche auch die Ideale des Schwäbischen und des Deutschen Sängerbundes sind, einig gehen, jederzeit herzlich willkommen."

Darauf ging vom Turnverein, unterzeichnet von Herrn Vorstand Schönthaler, unterm 25. Februar ein in durchaus würdigem Tone gehaltenes Schreiben zu, aus welchem folgende Sätze angeführt seien:

„Die präzise und klare Haltung des Liederkranzes, welche in dem Schreiben zum Ausdruck gebracht wurde, hat uns in dem Sinn befriedigt, als der Liederkranz gesonnen wäre, mit dem Turnergesangverein zusammenzugehen unter Wahrung der alten Traditionen, welche im Schwäbischen Sängerbund und im Deutschen Sängerbund verkörpert sind. Wir verstehen diese Haltung recht gern.

Die Tatsache jedoch, daß sich bei einem Teil der Sänger des Turner-Gesangvereins in der Zwischenzeit ein Umschwung in den Anschauungen in dieser Frage vollzogen hat, und zwar insofern, als die besten Kräfte eine Neuerung nicht mehr mitzumachen gedenke, sondern sich zurückziehen würden, die aktiven Turner aber einen Weiterausbau des Gesangs aus turnerischem Interesse nicht mitzumachen in der Lage sind, stellt uns nun auf den Standpunkt, daß vorläufig weitere Schritte in dieser Sache zwecklos wären, wenn nicht mit einer geschlossenen Vereinigung gerechnet werden könnte.

Nachdem sich nun die Sängerabteilung mit großer Mehrheit dahin entschieden hat, die Sache wieder beim alten belassen zu wollen, hat sich der Ausschuß des Turnvereins letzten Sonntag mit dieser Frage befaßt und konnte auf Grund dieser Stellungnahme der Sänger zu keinem andern Ergebnis gelangen.

Inwieweit die Frage des Dirigenten geregelt wird, können wir nichts Bestimmtes mitteilen, da dieselbe noch offen bleibt. Wir bedauern daher, Ihr Interesse in dieser Sache in Anspruch genommen zu haben und geben uns der Hoffnung hin, daß durch diese wichtige Frage die Beziehungen beider Vereine nicht gelockert werden können. (gez. W. Schönthaler.)

In diesen beiden Jahren haben sich Liederkranz und Turnergesangverein angelegen sein lassen, freundschaftliche Beziehungen nach wie vor zueinander zu unterhalten, was dank des aufrichtigen Bestrebens der Vorstände wie der Sänger auch gelang. Auch die Gründung des anfänglichen Sängerquartetts „Freundschaft" brachte keine Aenderung in dieser Richtung. Es scheint aber die Befürchtung nicht ausgeschlossen, daß durch die Erweiterungsbestrebungen der Sängervereinigung Freundschaft zu einem Männergesangverein eine Wendung zum Schlimmeren eintritt. Wer zwischen den Zeilen des Berichts über die Hauptversammlung der Freundschaft zu lesen versteht, wird finden, daß der Liederkranz dabei nicht gut wegkam. Der Liederkranz geht auf diesen Ton nicht ein, stellt aber folgendes fest:

1. Als ältester Gesangverein der Stadt, der auf eine ehrenvolle Vergangenheit zurückblicken darf, wird ihm kein rechtlich Denkender zumuten, daß er seinen Namen zum Opfer bringen soll, es kann ihm nicht zugemutet werden, daß er als größerer und älterer Verein an kleinere Vereinigungen zwecks eines Zusammenschlusses herantritt, nachdem Verhandlungen sich schon einmal zerschlugen. Ueberall in der Welt ist es üblich, daß der Kleinere zum Größeren kommt, wenn aufrichtige, ehrliche Bestrebungen das Leitmotiv bilden. Auch die Vorstandschaft des Turnvereins hat den Standpunkt des Liederkranzes seinerzeit anerkannt.

2. Der Liederkranz hat seinerzeit erklärt, daß sangeskundige, unbescholtene Männer jeden Standes ihm jederzeit herzlich willkommen sind. Wenn seit 1922 aus 2 Gesangvereinen deren nun 4 wurden, ohne daß ein dringendes Bedürfnis hierzu vorlag, so darf deswegen nicht die Schuld dem Liederkranz zugeschoben werden. Bewiesen ist, daß 1922 mit Gründung eines sogenannten Volkschors politische Ziele verfolgt wurden. Demgegenüber vertritt der Liederkranz den Standpunkt: Keine Politik in einem Gesangverein! Kein Ansehen der Person! Keinen Unterschied, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, Beamter, Angestellter usw.! Für ihn kommt nur der Sänger in Betracht, ihn leitet nur das eine Ziel: Pflege des deutschen Männergesanges und des deutschen Liedes.

3. Auf Grund des Vorstehenden muß er mit aller Entschiedenheit den in der Hauptversammlung der „Freundschaft" gegen ihn erhobenen Vorwurf zurückweisen, daß das Verhalten des Liederkranzes vor zwei Jahren Anlaß zu einer Spaltung gab. Jeder andere größere Verein würde an seiner Stelle ebenso gehandelt haben.

4. Der Liederkranz ist bemüht, den Frieden im Vereinsleben zu erhalten, wenn ihm nicht der Kampf aufgedrängt wird. Er sieht in dem Mitglied eines anderen Gesangvereins am Platze nicht den Rivalen, sondern nur den ideal veranlagten Sänger. Den Liederkranz leiten durchaus ehrliche und friedliche Motive. Nach wie vor Pflege des Männergesanges und des deutschen Liedes ist sein Ziel, daneben nicht zuletzt auch Pflege der Sängerfreundschaft untereinander. Dieses Ziel wird er weiter verfolgen, unbekümmert dadurch, was zu Unrecht gegen ihn vorgebracht wird. Sangesfreudige und unbescholtene Männer jeden Standes finden bei ihm jederzeit eine Stätte der Betätigung auf gesanglichem Gebiet.

Vorstehende Erklärung glaubt der Liederkranz zu seiner Rechtfertigung der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten zu dürfen.

Neuenbürg, 6. März 1924.

Der Ausschuß des Liederkranzes.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw